

Bundesversammlung

Assemblée fédérale

Assemblea federale

Assamblea federala



Amtliches Bulletin der Bundesversammlung

Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale

Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale

1997

107. Jahrgang – 8.–13. Sitzung der 45. Amtsdauer

107^e année – 8^e–13^e séance de la 45^e législature

107^o anno – 8^a–13^a seduta della 45^a legislatura

Inhaltsverzeichnis 1997 (Bände I–V)**Table des matières 1997 (Volumes I–V)****Sitzungen der 45. Amtsdauer**

8. Sitzung vom 5. März 1997: 649
9. Sitzung vom 18. Juni 1997: 1615
10. Sitzung vom 8. Oktober 1997: 2379
11. Sitzung vom 2. Dezember 1997: 2961
12. Sitzung vom 10. Dezember 1997: 2964
13. Sitzung vom 17. Dezember 1997: 2965

Bundesgericht

Ergänzungswahl eines nebenamtlichen Richters: 1616

Eidgenössisches Versicherungsgericht

Ergänzungswahl eines nebenamtlichen Richters: 1617
Wahl des Präsidenten und des Vizepräsidenten
für 1998/99: 2965
Wahl eines nebenamtlichen Richters: 2965

Militärkassationsgericht

Ergänzungswahl eines Richters: 1617
Wahl eines Ersatzrichters: 2379

Bundesrat

Wahl des Bundespräsidenten für 1998: 2964
Wahl der Vizepräsidentin des Bundesrates für 1998: 2964

Andere Geschäfte

Nachrichtenlose Vermögen. Erklärung des Bundesrates: 649
Begnädigungsgesuch. Bericht: 1615
Jahresplanung 1998 des Bundesrates. Erklärung des Bundespräsidenten: 2961

Séances de la 45e législature

8e séance du 5 mars 1997: 649
9e séance du 18 juin 1997: 1615
10e séance du 8 octobre 1997: 2379
11e séance du 2 décembre 1997: 2961
12e séance du 10 décembre 1997: 2964
13e séance du 17 décembre 1997: 2965

Tribunal fédéral

Election complémentaire d'un juge suppléant: 1616

Tribunal fédéral des assurances

Election complémentaire d'un juge suppléant: 1617
Election du président et du vice-président
pour 1998/99: 2965
Election d'un juge suppléant: 2965

Tribunal militaire de cassation

Election complémentaire d'un juge: 1617
Election d'un juge suppléant: 2379

Conseil fédéral

Election du président de la Confédération
pour 1998: 2964
Election de la vice-présidente du Conseil fédéral
pour 1998: 2964

Autres objets

Fortunes tombées en déshérence. Déclaration du Conseil fédéral: 649
Recours en grâce. Rapport: 1615
Programme annuel 1998 du Conseil fédéral. Déclaration du président de la Confédération: 2961

Rednerliste 1997 (Bände I–V)**Liste des orateurs 1997 (Volumes I–V)**

Inderkum Hansheiri (C, UR), Ständerat
Begnadigungsgesuch. Bericht: *1615

Koller Arnold, Bundespräsident
Nachrichtenlose Vermögen. Erklärung des Bundesrates: 649
Jahresplanung 1998 des Bundesrates. Erklärung des Bundespräsidenten: 2961

Leuenberger Ernst (S, SO), Nationalrat, Präsident
Mitteilungen des Präsidenten: 2961, 2963, 2964, 2965

Stamm Judith (C, LU), Nationalrätin, Präsidentin
Mitteilungen der Präsidentin: 649, 652, 1615, 1616, 1617, 2379

Thür Hanspeter (G, AG), Nationalrat
Bundesgericht. Ergänzungswahl eines nebenamtlichen Richters: 1616

Amtliches Bulletin der Bundesversammlung Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale

Vereinigte Bundesversammlung Assemblée fédérale (Chambres réunies)

1997

11. Sitzung der 45. Amtsdauer
11^e séance de la 45^e législature

Elfte Sitzung – Onzième séance

Dienstag, 2. Dezember 1997
Mardi 2 décembre 1997

08.00 h

Vorsitz – Présidence: *Leuenberger Ernst (S, SO)*

Präsident: Wir sind zu einer Sitzung der Vereinigten Bundesversammlung zusammengetreten, um die Erklärung des Bundespräsidenten zur Jahresplanung 1998 entgegenzunehmen. Diese Erklärung des Bundespräsidenten geht auf eine Anregung der Geschäftsprüfungskommissionen beider Räte zurück.

Die definitive Form für dieser Erklärung haben wir noch nicht gefunden: Im ersten Jahr erfolgte die Erklärung getrennt, in beiden Räten bei der Geschäftsberichtsdebatte; im zweiten Jahr erfolgte sie ebenfalls getrennt, in beiden Räten im Rahmen der Budgetdebatte; dieses Jahr erfolgt sie vor der Vereinigten Bundesversammlung.

Ich erkläre, dass die Bundesversammlung ordnungsgemäss mit der Sessionseinladung einberufen worden ist.

Jahresplanung 1998 des Bundesrates. Erklärung des Bundespräsidenten Programme annuel 1998 du Conseil fédéral. Déclaration du président de la Confédération

Koller Arnold, Bundespräsident: Auf Wunsch der Büros von National- und Ständerat verbindet der Bundesrat die Präsentation des Jahresprogramms 1998 mit einer politischen Erklärung vor der Vereinigten Bundesversammlung. Das macht in der Tat Sinn, denn so hilfreich Jahresprogramme für die politische Planung von Parlament, Bundesrat und Verwaltung auch sind und so sehr sie auch die Kontrolltätigkeit der Geschäftsprüfungskommissionen beider Räte erleich-

tern, laufen wir mit ihnen doch Gefahr, dass sie auf eine Addition departementaler Parlamentsgeschäfte hinauslaufen, dass der politische Gesamtzusammenhang aus den Augen verloren wird, dass ob dem Projektdenken das Prozesshafte aller Politik übersehen wird und die grossen politischen Leitlinien im unklaren gelassen werden.

Zunächst ist daher daran zu erinnern, dass sich auch das Jahresprogramm 1998 in die drei Hauptleitlinien der Legislaturperiode 1995–1999 einfügt, nämlich Stärkung der Gemeinschaft, Stärkung der staatlichen Handlungsfähigkeit und Stärkung der Wohlfahrt. Diese drei strategischen Ziele der Legislatur haben immer noch Gültigkeit, und sie werden durch die jeweiligen Jahresprogramme ständig konkretisiert und vorangetrieben. Nachdem wir bereits in der Halbzeit der Legislatur stehen und 1999 ususgemäss wenigstens im zweiten Halbjahr ganz im Zeichen der Neuwahlen des Parlamentes stehen wird, wird das kommende Jahr sogar, was die parlamentarische Arbeit anbelangt, zum Schlüsseljahr für die Realisierung der Legislaturziele 1995–1999.

Was den politischen Prozess anbelangt, habe ich unserem Land zu Beginn des Jahres gewünscht, 1997 möge ein Jahr des Aufbruchs werden: wirtschaftlich, staatspolitisch und ideell. Wirtschaftlich können wir mit einiger Genugtuung feststellen, dass unser Land die ihm ungewohnte und deshalb unser Volk stark verunsichernde sechsjährige Stagnation nun doch durchschritten hat und sich die Anzeichen einer wirtschaftlichen Erholung vor allem wegen eines starken Zuwachses der Exporte mehren. Das ist zweifellos auf viele Faktoren zurückzuführen, vor allem auf die riesigen Anstrengungen unserer privaten Wirtschaft, international konkurrenzfähig zu sein, aber auch auf die kluge Geldpolitik unserer Nationalbank und die gute Konjunktur in wichtigen Abnehmerländern. Dazu beigetragen hat sicher auch das seit der negativen EWR-Abstimmung konsequent vorangetriebene Programm der marktwirtschaftlichen Erneuerung, d. h. die Einführung der Mehrwertsteuer, die Reformen des Wettbewerbsrechtes, der Beitritt zur World Trade Organization das Swissex-Paket, das Investitionsprogramm 1997, die Reform der Unternehmensbesteuerung und die Teilprivatisierung von Swisscom.

Es wäre allerdings verfehlt zu glauben, wir könnten nun die Hände zufrieden in den Schoss legen. Einerseits ist der wirtschaftliche Aufschwung noch wenig gefestigt. Er kann jederzeit durch von uns nicht beeinflussbare Faktoren wie das starke Exportwachstum in Deutschland, die Finanzkrise im Fernen Osten oder die Einführung des Euro gefördert oder schwer beeinträchtigt werden. Der Bundesrat will daher seine Bemühungen um verbesserte wirtschaftliche Standortbedingungen zusammen mit Ihnen konsequent weiterführen. 1998 sollen die Rahmenbedingungen für die kleinen und mittleren Unternehmungen mit technologieorientierten, steuerlichen und regulatorischen Massnahmen verbessert, die

Berufsbildung durch die Einführung der Fachhochschulen gestärkt und die Anstrengungen zur Schaffung von Lehrstellen weitergeführt werden.

Erneutes wirtschaftliches Wachstum wird auch die Stimmung im Volk verbessern und damit auch andere Probleme leichter lösen lassen. Euphorie wäre indessen fehl am Platz. Die Arbeitslosigkeit wird nach dem Urteil aller Sachverständigen trotz besserer Wirtschaftsaussichten auch im nächsten Jahr wohl das am schwierigsten zu lösende innenpolitische Problem bleiben. Massnahmen zur Sanierung der Arbeitslosenversicherung bleiben daher vorrangig. Der Bundesrat wird, abgestützt auf das Sparprogramm 1998, eine Vorlage unterbreiten, die sowohl einnahmen- als auch ausgabenseitige Vorschläge enthält, aber auch dem Abstimmungsresultat vom 28. September 1997 Rechnung tragen wird.

Unseren vollen Einsatz dieses und nötigenfalls auch nächstes Jahr verlangen sodann vor allem die bilateralen Verhandlungen mit der Europäischen Union, wohin über 60 Prozent unserer Exporte gehen und woher 80 Prozent unserer Importe stammen. Mit einem erfolgreichen Abschluss der sieben sektoriellen Verhandlungsbereiche wahren wir und die Europäische Union (EU) das gegenseitige Interesse an gleichen Wettbewerbsbedingungen und bauen gleichzeitig gegenseitige Benachteiligungen ab. Wer wegen der mühsamen Verhandlungen mit ihren Hochs und Tiefs Gefahr läuft, die Geduld zu verlieren, sollte bedenken, dass sich die heiklen Fragen des Landverkehrs nicht nur im Rahmen der bilateralen Verhandlungen, sondern in gleicher Weise auch bei jeder anderen Form einer besseren Integration der Schweiz stellen würden, also auch bei einem «EWR 2» oder bei Beitrittsverhandlungen.

Unsere Wettbewerbsfähigkeit wird ferner leiden, wenn wir nicht innert nützlicher Frist die Finanzierung der Sozialwerke mit den demographischen Entwicklungen in Einklang bringen und wenn es nicht gelingt, die Bundesfinanzen zu sanieren. Es ist beeindruckend zu sehen, wie die Mitgliedstaaten der EU unter dem Damoklesschwert der Maastrichter Kriterien ihre Finanzen sanieren. Aber auch andere Länder, wie die USA, Kanada, Neuseeland usw., haben einen Trendbruch weg von einer immer grösseren Verschuldung geschafft. Uns ist dies noch nicht gelungen. Im Gegenteil: Die Defizitquote wird nächstes Jahr vermutlich sogar auf 3,4 Prozent steigen, was uns unter den EU-Ländern auf dem zweitletzten Platz rangieren liesse. Wir sind also auf dem besten Weg, vom ehemaligen finanzpolitischen Musterknaben zum Sorgenkind zu werden.

Der Bundesrat ist daher zutiefst davon überzeugt, dass sich die Schweiz nicht weiter zu Lasten künftiger Generationen verschulden darf, und er ist daher fest entschlossen, energisch Gegensteuer zu geben. Er misst deshalb dem Haushaltsausgleich bis ins Jahr 2001 grösste Bedeutung bei; als zentrales Massnahmenpaket zur Erreichung dieses Ziels wird der Bundesrat dem Parlament das Stabilisierungsprogramm 1998 unterbreiten.

Ein vordringliches Gebiet wird in unserem Land wie in allen Nachbarstaaten der Bereich der inneren Sicherheit sein. Sicherheit ist zwar nicht alles, aber ohne Sicherheit ist alles nichts. Zwar haben Bundesrat und Parlament das materielle Strafrecht in den letzten Jahren mit einer Vielzahl von Erlassen zur Bekämpfung der Geldwäscherei, des organisierten Verbrechens usw. durchaus auf die Höhe der Zeit gebracht. Doch es hapert eindeutig beim Vollzug. Hier treffen wir auf allen Stufen unseres föderalistischen Staates auf das Hauptproblem: Sicherheit gibt es nicht zum Nulltarif. Es fehlen uns quantitativ Personal, Finanzen, Informatik und qualitativ – Ausbildungsdefizite im Bereich der neuen Kriminalitätsformen – die Mittel.

Dies ist sowohl für die Schweiz als auch für unsere Nachbarstaaten angesichts der rasch zunehmenden Bedrohung vor allem durch die organisierte Kriminalität brandgefährlich. Zu den Kernaufgaben eines jeden Staates gehört die Gewährleistung der Sicherheit von Leib und Leben von Menschen sowie von Eigentum. Ohne Sicherheit keine Freiheit, weder im Alltag noch im Staat. Zudem laufen wir angesichts der Realisierung des Schengener Abkommens in allen unseren Nach-

barstaaten und des sogenannten «dritten Pfeilers von Maastricht» gerade im Sicherheitsbereich Gefahr, zunehmend isoliert zu werden. Neben die Partnership for peace muss eine Sicherheitspartnerschaft vor allem mit unseren Nachbarstaaten treten.

Wenn wir all dies und weitere, hier nicht genannte Punkte des Jahresprogrammes 1998 miteinander realisieren wollen, dann müssen wir unserer politischen Kultur des konstruktiven Dialoges wieder besser Sorge tragen.

Der Bundesrat ist nach wie vor der Meinung – und fühlt sich in dieser Auffassung durch jüngste kantonale Erfahrungen sogar bestärkt –, dass die Konkordanz der grossen politischen Kräfte in unserem Land der direkten Demokratie am ehesten eine erfolgreiche Politik ermöglicht. Eine Erfolgsgarantie bietet aber auch das politische System der Konkordanz nicht. Auch die Konkordanz ist wie jedes politische System auf eine entsprechende Kultur angewiesen. Während in weniger wichtigen Fragen wechselnde Mehrheiten durchaus möglich sind, lassen sich für das Wohl unseres Landes grosse Fragen wie die europäische Integration oder die Sanierung der Bundesfinanzen ohne Konsens und Kompromissbereitschaft nicht lösen. Auf diese zentrale Landesinteressen betreffenden Fragen wirkt sich die fehlende Koalitionsvereinbarung wohl doch zunehmend nachteilig aus.

Der Bundesrat lädt daher – gerade in diesen entscheidenden Landesfragen – alle gesellschaftlichen und politischen Kräfte des Landes, vor allem aber alle Bundesratsparteien, zu einem offenen, konstruktiven Dialog ein. Denn wenn jeder nur an seine eigene politische Klientel denkt, wird uns der schwierige Durchbruch in diesen für die Zukunft unseres Landes so zentralen Fragen nicht gelingen.

Wenn wir mit den sich beschleunigenden weltweiten Umwälzungen fertig werden wollen – ich denke da an die verlagerten Wachstumspotentiale von Volkswirtschaften, an die gestiegene Mobilität der Produktionsfaktoren Kapital und Arbeit, an die atemberaubende Mobilität des neuen, vierten Produktionsfaktors Information, an die besorgniserregende Mobilität der Kriminalität, an sich integrierende regionale Wirtschaftsblöcke, an die Neugestaltung machtpolitischer Kräftefelder, an das Wachstum der Erdbevölkerung in den weniger entwickelten Ländern, an die Verschiebung der Alterspyramide in den hochentwickelten Ländern, an die Menschenrechts- und Wohlstandsgefälle zwischen diesen Ländergruppen, an die Beanspruchung der Umwelt –, so muss man der Stärkung der staatlichen Handlungsfähigkeit und Identität einen ganz besonderen Stellenwert einräumen. Das gilt um so mehr, wenn man bedenkt, dass auf internationaler Ebene wirksame Regulatoren dieser Umwälzungen erst ansatzweise vorhanden sind oder häufig fehlen oder dass sich die Schweiz von den Entscheidungsprozessen solcher Regulatoren zum Teil selber ausgeschlossen hat.

Der Bundesrat misst daher der Verfassungs- und Staatsleitungsreform eine ganz besondere Bedeutung zu. Deshalb hat der Bundesrat dem Parlament, neben dem Entwurf für eine nachgeführte Verfassung, auch Vorschläge für eine Reform der Justiz und der Volksrechte unterbreitet. In diesen beiden Bereichen sind die Überlastung des Systems und damit die Einschränkung der Handlungsfähigkeit am grössten.

Die parlamentarischen Verfassungskommissionen haben diese Aufgabe mit beeindruckendem Elan an die Hand genommen und weitgehend abgeschlossen. Auch bei der Föderalismusreform sind die Arbeiten zusammen mit den Kantonen weit fortgeschritten, so dass nächstes Jahr die Vernehmlassung eröffnet werden kann.

Im Rahmen der Verwaltungsreform geht es 1998 darum, die vom Bundesrat dieses Jahr getroffene Neuorganisation der Departemente weiter umzusetzen, die transferierten Verwaltungsbereiche in die neuen Departemente zu integrieren und die damit verbundenen Synergien auszuschöpfen sowie das New Public Management und das Führen mit Leistungsauftrag und Globalbudget auf weitere Bundesämter auszudehnen. Im kommenden Jahr sollen aber auch die Staatsleitungsreform, welche eine Stärkung und Entlastung des Bundesrates, insbesondere des Bundespräsidenten, anstrebt,

sowie die Aufgabenteilung zwischen Exekutive und Legislative überprüft und entscheidend vorangetrieben werden.

Die Verfassungsreform dient der Verbesserung der staatlichen Handlungsfähigkeit, vor allem der Klärung unserer nationalen Identität. Wir müssten uns noch mehr bewusst werden, dass die Frage der Identität der Schweiz eine eminent wichtige staatspolitische Frage ist. Wir dürfen ihr, gerade in Zeiten der Verunsicherung, nicht ausweichen, denn die nationale Identität begleitet einen Staat nicht einfach als etwas ein für allemal Erworbenes. Sie steht vielmehr in ständiger Wechselwirkung mit seiner Geschichte. Der Bundesrat ist davon überzeugt, dass das kommende Jubiläumsjahr «150 Jahre Bundesstaat» der ideale Zeitpunkt ist, um breit darüber zu diskutieren, was die Schweiz ist und will.

Nicht nur ist der Wille zur Selbstprüfung erwacht. Mit der Solidaritätsstiftung hat der Bundesrat eine wahrlich zukunftsorientierte Idee lanciert, die nun konkretisiert und umgesetzt werden muss. Die Mise à jour unserer Verfassung ist die beste Gelegenheit, den staatlichen Grundkonsens zu erneuern und all das zu bekräftigen, was uns erfreulicherweise zusammenhält. Denn nur, wenn wir das Verbindende wieder ins allgemeine Bewusstsein rücken, lässt sich in einer Demokratie der politische Alltagsstreit der Interessen und Meinungen aushalten. Nutzen wir das bevorstehende Jubiläumsjahr, um diese Grundsatzdiskussion zu führen.

Die Schweiz ist, wie andere Länder auch, im Umbruch. Wir müssen diese Herausforderung annehmen. Hermann Hesse hielt 1938 fest: «Die Eidgenossenschaft ist unter dem Druck der Not entstanden und hat durch Jahrhunderte vielen Bedrohungen von aussen und innen standgehalten. Stets waren die inneren Bedrohungen die gefährlicheren, und so ist es heute.» Nutzen wir daher die Chance des Jubiläumsjahres, um das nächste Jahrhundert innerlich gestärkt in Angriff zu nehmen. *(Beifall)*

Präsident: Ich danke Herrn Bundespräsident Koller für seine Erklärung. Die Diskussion, falls sie gewünscht wird, wird in beiden Räten getrennt stattfinden, z. B. anlässlich der allgemeinen Debatte zum Budget.

*Schluss der Sitzung um 08.25 Uhr
La séance est levée à 08 h 25*

Zwölfte Sitzung – Douzième séance**Mittwoch, 10. Dezember 1997****Mercredi 10 décembre 1997**

08.00 h

Vorsitz – Présidence: Leuenberger Ernst (S, SO)

Präsident: Ich erkläre die Sitzung der Vereinigten Bundesversammlung als eröffnet.

Die Mitglieder beider Räte sind reglementsgemäss zur heutigen Sitzung eingeladen worden. Die Tagesordnung ist Ihnen ausgeteilt worden. Die absolute Mehrheit der Mitglieder des Ständerates und des Nationalrates ist anwesend. Die Vereinigte Bundesversammlung ist somit verhandlungs- und beschlussfähig.

Wahl des Bundespräsidenten für 1998**Election du président de la Confédération pour 1998**

Vorschlag der christlichdemokratischen Fraktion, der sozialdemokratischen Fraktion, der freisinnig-demokratischen Fraktion, der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei, der grünen Fraktion, der liberalen Fraktion und der LdU/EVP-Fraktion

Cotti Flavio, Vizepräsident des Bundesrates

Proposition du groupe démocrate-chrétien, du groupe socialiste, du groupe radical-démocratique, du groupe de l'Union démocratique du centre, du groupe écologiste, du groupe libéral et du groupe AdI/PEP

Cotti Flavio, vice-président du Conseil fédéral

<i>Ergebnis der Wahl – Résultat du scrutin</i>	
Ausgeteilte Wahlzettel – Bulletins délivrés	208
eingelangt – rentrés	208
leer – blancs	13
ungültig – nuls	3
gültig – valables	192
absolute Mehr – Majorité absolue	97

Es wird gewählt – Est élu
Cotti Flavio, consigliere federale mit 173 Stimmen

Ferner haben Stimmen erhalten – Ont en outre obtenu des voix	
Delamuraz Jean-Pascal, conseiller fédéral	14
Verschiedene – Divers	5

Präsident: Ich gratuliere Herrn Bundesrat Cotti zu seiner glänzenden Wahl und wünsche ihm viel Befriedigung und Erfolg in dieser Aufgabe. *(Beifall)*

Wahl der Vizepräsidentin des Bundesrates für 1998**Election de la vice-présidente du Conseil fédéral pour 1998**

Vorschlag der sozialdemokratischen Fraktion, der freisinnig-demokratischen Fraktion, der christlichdemokratischen Fraktion, der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei, der grünen Fraktion, der liberalen Fraktion und der LdU/EVP-Fraktion

Dreifuss Ruth, Bundesrätin

Proposition du groupe socialiste, du groupe radical-démocratique, du groupe démocrate-chrétien, du groupe de l'Union démocratique du centre, du groupe écologiste, du groupe libéral et du groupe AdI/PEP

Dreifuss Ruth, conseillère fédérale

<i>Ergebnis der Wahl – Résultat du scrutin</i>	
Ausgeteilte Wahlzettel – Bulletins délivrés	219
eingelangt – rentrés	219
leer – blancs	17
ungültig – nuls	7
gültig – valables	195
absolute Mehr – Majorité absolue	98

Es wird gewählt – Est élue
Dreifuss Ruth, conseillère fédérale mit 135 Stimmen

Ferner haben Stimmen erhalten – Ont en outre obtenu des voix	
Delamuraz Jean-Pascal, conseiller fédéral	34
Ogi Adolf, Bundesrat	10
Leuenberger Moritz, Bundesrat	10
Villiger Kaspar, Bundesrat	6

Präsident: Ich gratuliere Frau Bundesrätin Dreifuss zu ihrer ehrenvollen Wahl und wünsche auch ihr viel Befriedigung und viel Erfolg in dieser Aufgabe. *(Beifall)*

Schluss der Sitzung um 08.35 Uhr
La séance est levée à 08 h 35

Dreizehnte Sitzung – Treizième séance**Mittwoch, 17. Dezember 1997**
Mercredi 17 décembre 1997

08.00 h

Vorsitz – Présidence: Leuenberger Ernst (S, SO)

Präsident: Ich erkläre die Sitzung der Vereinigten Bundesversammlung als eröffnet.

Die Mitglieder beider Räte sind reglementsgemäss zur heutigen Sitzung eingeladen worden. Die Tagesordnung ist Ihnen ausgeteilt worden. Die absolute Mehrheit der Mitglieder des Ständerates und des Nationalrates ist anwesend. Die Vereinigte Bundesversammlung ist somit verhandlungs- und beschlussfähig.

**Eidgenössisches
Versicherungsgericht
Tribunal fédéral
des assurances****Wahl des Präsidenten und des Vizepräsidenten
für 1998/99****Election du président et du vice-président
pour 1998/99****Präsident:** Gemäss Artikel 9 des Reglementes der Vereinigten Bundesversammlung vom 8. Dezember 1976 werden der Präsident und der Vizepräsident des Eidgenössischen Versicherungsgerichtes gleichzeitig mit einem Wahlzettel gewählt. Die Fraktionen schlagen Herrn Ulrich Meyer-Blaser als Präsidenten und Herrn Alois Lustenberger als Vizepräsidenten vor.*Ergebnis der Wahl – Résultat du scrutin*

Ausgeteilte Wahlzettel – Bulletins délivrés	186
eingelangt – rentrés	186
leer – blancs	7
ungültig – nuls	0
gültig – valables	179
absolutes Mehr – Majorité absolue	90

Es werden gewählt – Sont élus

Präsident – Président

Meyer Ulrich mit 121 Stimmen

Ferner haben Stimmen erhalten – Ont en outre obtenu des voix

Lustenberger Alois	35
Verschiedene – Divers	7

Vizepräsident – Vice-président

Lustenberger Alois mit 145 Stimmen

Ferner haben Stimmen erhalten – Ont en outre obtenu des voix

Verschiedene – Divers	15
-----------------------	----

Präsident: Ich gratuliere dem Präsidenten und dem Vizepräsidenten zu ihrer Wahl und wünsche ihnen viel Befriedigung in ihrer Aufgabe. (*Beifall*)**Wahl eines nebenamtlichen Richters****Election d'un juge suppléant****Präsident:** Wir kommen zur Ergänzungswahl eines nebenamtlichen Richters für die Amtsdauer 1996–2001 anstelle des zurücktretenden Herrn Hans Brönnimann. Die SVP-Fraktion, unterstützt von anderen Fraktionen, schlägt Herrn Dr. Gerold Zollikofer zur Wahl vor.*Ergebnis der Wahl – Résultat du scrutin*

Ausgeteilte Wahlzettel – Bulletins délivrés	186
eingelangt – rentrés	184
leer – blancs	18
ungültig – nuls	7
gültig – valables	159
absolutes Mehr – Majorité absolue	80

Es wird gewählt – Est élu

Zollikofer Gerold mit 140 Stimmen

Ferner haben Stimmen erhalten – Ont en outre obtenu des voix

Blocher Christoph	10
Verschiedene – Divers	9

Präsident: Ich gratuliere dem Gewählten zu seiner Wahl und wünsche ihm viel Glück im Amt. (*Beifall*)*Schluss der Sitzung um 08.10 Uhr**La séance est levée à 08 h 10*

107. Jahrgang des Amtlichen Bulletins

Herausgeber:

Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung
Parlamentsdienste
3003 Bern
Tel. 031/322 99 82
Fax 031/322 99 33
E-mail Bulletin@pd.admin.ch

Chefredaktor: Dr. phil. François Comment

Druck: Vogt-Schild AG, 4501 Solothurn

Vertrieb und Abonnemente:

EDMZ, 3000 Bern
Tel. 031/322 39 51
Fax 031/992 00 23

Preise gedruckte Fassung (inkl. MWSt):

Einzelnummer Nationalrat	Fr. 24.–
Jahresabonnement Schweiz (Nationalrat und Ständerat)	Fr. 95.–
Jahresabonnement Ausland	Fr. 103.–

CD-ROM-Fassung:

Vertrieb und Abonnemente: EDMZ

Internet/WWW-Adresse: <http://www.parlament.ch>

ISSN 1421-3974

107^e année du Bulletin officiel

Editeur:

Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
Services du Parlement
3003 Berne
Tél. 031/322 99 82
Fax 031/322 99 33
E-mail Bulletin@pd.admin.ch

Rédacteur en chef: François Comment, dr ès lettres

Impression: Vogt-Schild SA, 4501 Soleure

Distribution et abonnements:

OCFIM, 3000 Berne
Tél. 031/322 39 51
Fax 031/992 00 23

Prix version imprimée (TVA incl.):

Numéro isolé Conseil national	fr. 24.–
Abonnement annuel pour la Suisse (Conseil national et Conseil des Etats)	fr. 95.–
Abonnement annuel pour l'étranger	fr. 103.–

Version CD-ROM:

Distribution et abonnements: OCFIM

Adresse Internet/WWW: <http://www.parlement.ch>

ISSN 1421-3974